
STUTTGARTER NACHRICHTEN

Montag, 23. November 2015

Seite 5

Finanzminister reagiert „gelassen“ auf Beamten-Klage

CDU und FDP begrüßen Vorgehen gegen gesenkte Eingangsbesoldung

FRANK KRAUSE

STUTTGART. Der Beschluss des baden-württembergischen Beamtenbundes, gegen einen zentralen Sparbeschluss der grün-roten Landesregierung – nämlich eine dreijährige Kürzung der Eingangsbesoldung für junge Beamte – zu klagen und bis vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen, hat am Wochenende unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Der CDU-Finanzexperte Klaus Herrmann zeigte „großes Verständnis“ für die Klage und meinte gegenüber unserer Zeitung: „Für die Prestigeprojekte von Grün-Rot ist Geld da, nur beim öffentlichen Dienst wird fundamental gekürzt.“ Sollte die CDU nach der Landtagswahl wieder die Regierungsverantwortung haben, werde man „die Absenkung der Eingangsbesoldung wieder zurücknehmen“. Ähnlich äußerte sich FDP-Landtagsfraktionschef Hans-Ulrich Rülke: „Die Absenkung der Eingangsbesoldung ist unter den zahlreichen Dummheiten von Grün-Rot eine der Größten.“ Das Land verliere zunehmend seine Konkurrenzfähigkeit als Arbeitgeber. „Ich gehe aber davon aus, dass das Problem bei der Landtagswahl politisch gelöst werden kann, bevor es zu einem höchstrichterlichen Urteil kommt.“

Die Landesregierung hingegen hat keine Sorgen wegen des Klagebeschlusses des Beamtenbundes. „Wir sind von der Verfassungsmäßigkeit überzeugt und sehen einer möglichen Klage gelassen entgegen“, sagte ein Sprecher von Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid (SPD).